

Stehen Neuwahlen vor der Tür?

Der Bundesvorstand beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 23. April u.a. mit der Möglichkeit vorgezogener Nationalratswahlen.

Genossin Waltraud Fritz-Klackl referierte auf der Basis einer vorliegenden Diskussionsgrundlage des Bundesausschusses über die der KPÖ offenstehenden Optionen. Die KPÖ könne sich wenig Hoffnungen auf ehem. FP-Wähler machen wie z.T. in der Steiermark geschehen - die Rückkehr zur SPÖ oder Nichtwählen werde dominieren. Trotzdem gebe es Chancen für ein gutes Abschneiden, aber die Differenz zwischen objektiven und subjektiven Möglichkeiten sind größer denn je. Das gelte für die gesamte Linke.

Die KPÖ könne nicht für das Wahlbündnis „Linke“ entscheiden, aber bei der EU-Wahl haben einzelne KommunistInnen den Großteil der Unterschriften aufgebracht. Wenn wir kandidieren, muß die Verantwortung für deren Aufbringung im regionalen Maßstab übernommen werden, da es diesmal keine Unterstützung durch Wiener FunktionärInnen geben wird können. In diesem Sinn muß jetzt die Diskussion eröffnet werden wo das mit welchen Kräften in und außerhalb der Partei möglich ist.

In der Diskussion wurde festgehalten, dass es jetzt nicht um eine Festlegung der Form der Kandidatur sondern um eine breitere Debatte darüber in und außerhalb der Partei gehe.

Als Wahlplattform der KPÖ biete sich eine Überarbeitung des Wahlprogramms von 2002 an. Eine Aktivierung der Organisationen ohne Kandidatur sei, das zeige die Erfahrung, nicht möglich.

Bedenken wurden gegenüber der EU-Wahlplattform „Linke“ in ihrer derzeitigen personellen und strukturellen Verfassung geäußert. Linke, die aus anderen Milieus und Strukturen, wie Grüne und SP kommen, könnten sich in dem Dreieck KPÖ- „Linke“- linkssektiererische Gruppen nicht erkennen. Derzeit sei aber eine Polarisierung bei Grünen und SP nicht abzusehen. Zu berücksichtigen ist bei alledem die mögliche zeitliche Nähe oder Gleichzeitigkeit der Landtags- und Bezirksratswahlen in Wien und in der Steiermark sowie der GRW in Innsbruck.

Der Bundesvorstand beschloß, das Diskussionspapier zu veröffentlichen (siehe Seite 7) und das Wahlprogramm 2002 zu überarbeiten.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt gab es einen Meinungsaustausch zu den verschiedenen linkssektiererischen Gruppen.

Genossin Krieglsteiner, die dazu referierte, erinnerte daran, dass das spitze Verhältnis zwischen KPÖ und diesen Gruppen in den 90er Jahren in

einer Phase zunehmender Aktivität Neuer Sozialer Bewegungen abgebaut werden konnte. Derzeit sei aber eine Phase der Regression eingetreten, in der sich einige wieder stärker gegen die KPÖ richteten. Sie schlug einen differenzierten Umgang mit diesen Gruppen vor.

Gen. Graber berichtete über eine Aussprache einer Delegation des Bundesvorstands (Graber, Klaus, Messner) mit dem Landessekretariat der KPÖ-Steiermark (Gaisch, Kahr, Kaltenegger, Murgg, Pacher, Parteder) am 15. April in Graz, die entsprechend einem Beschluß des 33. Parteitags auf Initiative des Bundesvorstands erfolgte.

Die Bundesvorstands-Delegation thematisierte die Möglichkeit der Teilnahme der steirischen KPÖ an den Strukturen der Gesamtpartei und Fragen der Verknüpfung der Landtags- und Bezirksratswahl in Wien und in der Steiermark mit eventuell vorgezogenen Nationalratswahlen.

Zu 1: „Innerparteiliche Normalität“ herzustellen werde derzeit vom Landessekretariat abgelehnt. Gen. Kaltenegger argumentierte mit der Konzentration auf die Landtagswahl in der Steiermark, trotz des Interesses an der Entwicklung der Gesamtpartei. Gen. Parteder mit der Gefahr neuerlicher Polemik rund um Fragen des Parteitags, die nicht gelöst seien - „jeder soll das machen, was er am besten könne“. Genin. Pacher ist für „friedliche Koexistenz“ ohne Polemik und ohne Institutionalisierung und Funktionen im Bundesvorstand. Gen. Messner betonte, dass seitens des Bundesvorstands die Einladung an die Landesorganisation Steiermark, sich am Diskussionsprozess im Bundesvorstand entsprechend den statutarischen Möglichkeiten zu beteiligen, aufrecht bleibe, und es auch weiterhin Sache der Landesorganisation Steiermark sei, diese anzunehmen oder abzulehnen.

Zu 2: Gen. Kaltenegger verweist auf Chancen in den Landtag zu kommen. Die Wahlzahl in Graz für ein Grundmandat betrug bei der Landtagswahl im Jahr 2000 10.440 Stimmen. Die Hälfte der GR-Stimmen von 2003 würden reichen. Oder auch die 13.000 Wähler, die sich an der Volksbefragung gegen die Privatisierung der Gemeindewohnungen im Dez. 2004 beteiligt haben. In den Gemeinden, in denen es bei den GRW 2005 KP-Kandidaturen gab (einschließlich Mürrzuschlag) wurden im Durchschnitt über 6 % erreicht. Deshalb bestehe auch die Chance auf ein zweites (Reststimmen-) Mandat, was Klubstatus ermögliche. Die Landtagsliste

wird viele Nichtmitglieder aufweisen. Bei einem Wahltermin 25. September müssen je 200 beglaubigte Unterschriften pro Wahlkreis bis 19.8. abgegeben sein. Probleme könnte es in der West- und Oststeiermark geben.

Die steirische KPÖ wird eine KPÖ-Kandidatur bei Nationalratswahlen voll unterstützen, wenn sie unter ihrem Namen antritt. Nur das wäre gewährt, dass die KPÖ von den Stimmen der steirischen KPÖ profitiere. Alles andere sei für die Steiermark kontraproduktiv.

Graber erwiderte, dass ein positiver Gesamteffekt nur dann gewährleistet sei, wenn in den Medien für die Gesamtpartei geworben und nicht unterschwellige oder offene Polemik betrieben werde. Graber verwies auf die Budgetkommission zur Behandlung finanzieller Fragen. Außerdem seien die Verfahren beim Arbeitsgericht trotz Vergleichsangebot der KPÖ nicht bereinigt, was weiterhin die Gefahr unkalkulierbarer Kosten beinhaltet. (Dies ist inzwischen geschehen: Murgg, Leitenbauer und Luttenberger erhalten eine freiwillige Abfertigung von netto je 4500.-, Pacher 2250.- Euro, A. Fuchs ist in die Stiftung eingetreten).

Zum Umtausch der Mitgliederausweise sagte Gen. Parteder die Überprüfung der Mitgliederlisten bis Ende Mai zu. Die neuen Ausweise sollen in der Steiermark über die Bezirksorganisationen ausgegeben werden.

Der Bundesvorstand nahm nach einem ausführlichen Bericht des Finanzreferenten Gen. Graber das Budget für 2005 einstimmig an (beim Budgetposten „Volkstimmefest“ gab es 2 Gegenstimmen).

Michael Graber

Nein zur
EU-Verfassung!
Für eine
Volksabstimmung!



Der Folder der KPÖ zum Thema, welches auch nach der Ratifizierung im Parlament noch lange nicht vom Tisch ist. Bestellungen: bundesvorstand@kpoe.at oder per Post an Drechslerg. 42, 1140 Wien.

Diskussionspapier des Bundesvorstands zur Wahlpolitik

Was, wann, mit wem?

1. Entgegen der Schönrede von Wolfgang Schüssel und anderen ÖVP-Politikern handelt es sich bei der Spaltung der FPÖ nicht allein um die Krise einer Partei sondern um eine Regierungskrise. Das Gemetzel in der FPÖ erweist sich als eine priziipen- und inhaltslose Streiterei zwischen zwei Cliques, die sich lediglich hinsichtlich der Methoden unterscheiden, mit denen sie den Erhalt von Privilegien und Parteienförderung sicherstellen wollen. Weder BZÖ noch FPÖ können aber real die Stabilität der Schüssel-Regierung garantieren. Es ist daher nicht absehbar, wie lange der bisherige Zustand halten kann. Rasche Neuwahlen sind nicht zwingend aber im Bereich des Möglichen.

2. Inzwischen bestätigt auch die Meinungsforschung, was man/frau sich sowieso denkt: Die Vorgänge in Regierung, Parlament und Bundesrat diskreditieren die politische Klasse und das politische System als Ganzes. Statt Diskurs über die brennenden sozialen Probleme – steigende Arbeitslosigkeit, Prekarisierung und Verschlechterung des Lebensstandards – erlebt man skurile Machtspiele. Keine Parlamentspartei ist davon ausgenommen. Die SPÖ setzt ihre Kärntner blau-orange Koalition fort; die Grünen sitzen in Oberösterreich mit der ÖVP in der Landesregierung. Alle vier Parteien werden demnächst die EU-Verfassung – ohne Volksabstimmung – durch das Parlament schleusen. Daher ist auch nach den nächsten Wahlen jede Farbkombination möglich.

3. Inwieweit die Selbstversenkung der FPÖ das österreichische Parteiensystem in eine längerfristige Krise stürzt, kann heute nicht beurteilt werden. Wir müssen die Vorgänge als symptomatisch für die Entwertung der traditionellen bürgerlich-demokratischen Formen durch den Neoliberalismus verstehen. Diese Entwicklung ist, wie Italien zeigt, auch keineswegs auf Österreich beschränkt, sondern ein EU-weites Phänomen. Andererseits gilt auch, dass die WählerInnen in Bewegung kommen, was auch für die Linke von Bedeutung ist.

4. Sicherlich wird ein Teil der enttäuschten FPÖ-WählerInnen zur SPÖ zurückkehren, anzunehmen ist, dass ein großer Teil zu NichtwählerInnen wird. Ob die Diskreditierung der herrschenden Politik auch zu einer Stärkung alternativer Positionen führen kann, hängt davon ab, ob und inwieweit die Linke bzw. die KPÖ glaubwürdige Alternativen – namentlich in sozialpolitischer Hinsicht – entwickeln und vor allem

kommunizieren kann. Insgesamt entstehen für bevorstehende Nationalratswahlen objektive Bedingungen, die nicht von vorneherein als ungünstig eingeschätzt werden müssen. Die Debatte um Alternativen zu den mit dem Neoliberalismus verknüpften Parteien zu entwickeln, bildet die Hauptaufgabe unserer Politik.

5. Schärfer als in der Vergangenheit stellt sich heute der Widerspruch zwischen objektiven Möglichkeiten und subjektiven Voraussetzungen einer alternativen Linken.

Nach dem unbefriedigenden Ende der vom ÖGB beschlossenen Streikaktionen ist es zu einem Rückgang der sozialen Bewegungen gekommen; der Antikommunismus von Teilen des linkssektiererischen Milieus hat sich verstärkt.

Schlussfolgerungen

1. Wir sind der Auffassung, dass uns die gegebene politische Situation – trotzdem auch die Möglichkeit einer Nicht-Kandidatur gegeben ist – die Verantwortung auferlegt, unseren Beitrag zum Entstehen einer bundesweit aussichtsreichen Kandidatur bei den Nationalratswahlen zu leisten.

Daraus ergeben sich zwei Varianten:

a.) Wir kandidieren bei allen bevorstehenden Wahlen einheitlich unter dem Namen „KPÖ“, was auch die Möglichkeit „Offener Listen“ einschließt.

b.) Wir streben ein linkes Bündnis an.

Wir haben bei unserer Entscheidung einerseits die Entwicklung der KPÖ im Auge, insbesondere die Konkretisierung der Strategie des 33. Parteitages und die Perspektive einer erneuerten Parteikonzeption. Daraus folgt andererseits, dass wir die Wahlpolitik sowohl aus dem Blickpunkt der Partei als auch im Zusammenhang unserer Verantwortung für die gesamte Linke beurteilen. Die Frage lautet: Welches ist die günstigste Form der Kandidatur und welches ist die richtige Methode, zu einer solchen Entscheidung zu gelangen.

Was die sachliche Seite betrifft, so spitzt sie sich pragmatisch darauf zu, herauszufinden, unter welchen Umständen überhaupt eine gesam-

**Nein zu Sozialabbau und Privatisierungen!
Ja zur europaweiten Arbeitszeitverkürzung auf
30 Stunden und zur sozialen Grundsicherung.**



tösterreichische, flächendeckende Kandidatur links von Sozialdemokratie und Grünen zustande kommen kann. Das setzt eine inhaltliche Einigung voraus. Unsere allgemeinen Positionen sind in der Wahlplattform für die Nationalratswahlen 2002 gut zusammengefasst. Es geht aber auch um Strukturen, die die Unterstützungserklärungen aufbringen und eine Wahlkampagne führen können. Beides muss in den Bundesländern in Eigenverantwortung abgesichert werden, und zwar unter der Voraussetzung, dass ein bundesweiter Einsatz Wiener AktivistInnen nicht möglich sein wird. Notwendig ist in jedem Fall, die Diskussion über den Kreis derer hinaus auszudehnen, die die Kandidatur der „Linken“ bei den EP-Wahlen getragen haben. Ein nüchterner Pragmatismus bei der Beurteilung der Voraussetzungen hat den politischen Vorteil, dass wir ein objektives Kriterium für die politische Entscheidung angeben können.

Für den jetzigen Zeitpunkt besteht der entscheidende Punkt gar nicht so sehr in der Festlegung auf eine Variante der Kandidatur, sondern in der Organisation eines demokratischen, alle interessierten und interessierbaren Kräfte einbeziehenden, transparenten Entscheidungsprozesses. Wir gehen dabei davon aus, dass die „Linke“ nicht unser Eigentum ist, und wir daher die Diskussion und die Verantwortung über ihre Zukunft mit BündnispartnerInnen teilen müssen.

Wir wollen die Frage der Wahlpolitik im breitesten möglichen Rahmen und in vielfältigen Formen diskutieren, und der Bundesvorstand der KPÖ wird dementsprechende Initiativen setzen. Im Verlauf dieses Prozesses wird auch die KPÖ ihre Meinungsbildung vornehmen und laufend transparent machen.